



Brüssel, den 22. September 2014  
(OR. en)

13462/14

MI 688  
ENT 203  
COMPET 528  
DELACT 176

#### I/A-PUNKT-VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Nr. Komm.dok.: 12178/14 MI 567 ENT 169 COMPET 461 DELACT 137+ ADD1  
- C(2014) 4625 final

Betr.: Delegierte Verordnung (EU) Nr. .../... der Kommission vom 16.7.2014 über die Bedingungen für eine ohne weitere Prüfungen vorgenommene Einstufung von Holzwerkstoffen gemäß der Norm EN 13986 sowie von Innen- und Außenbekleidungen aus Massivholz gemäß der Norm EN 14915 im Hinblick auf ihr Brandschutzvermögen, wenn sie für Wand- und Deckenbekleidungen verwendet werden  
- Absicht, keine Einwände gegen den delegierten Rechtsakt zu erheben

1. Die Kommission hat dem Rat den eingangs genannten delegierten Rechtsakt<sup>1</sup> gemäß dem Verfahren nach Artikel 290 AEUV und gemäß Artikel 60 der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten und zur Aufhebung der Richtlinie 89/106/EWG des Rates vorgelegt. Der delegierte Rechtsakt stützt sich auf Artikel 27 Absatz 5 dieser Verordnung. Da die Kommission dem Rat den delegierten Rechtsakt am 17. Juli 2014 übermittelt hat, kann der Rat bis zum **17. Oktober 2014** Einwände dagegen erheben.
2. Die Gruppe "Technische Harmonisierung" hat den delegierten Rechtsakt im Wege des schriftlichen Verfahrens und zudem in einer Sitzung am 19. September 2014 geprüft. Sie gelangte zu der Schlussfolgerung, dass es für den Rat keinen Grund gibt, Einwände gegen ihn zu erheben.

<sup>1</sup> Ratsdokument 12178/14 + ADD1.

3. Dem Ausschuss der Ständigen Vertreter wird daher vorgeschlagen, dem Rat zu empfehlen, er möge bestätigen, dass er nicht beabsichtigt, Einwände gegen den delegierten Rechtsakt zu erheben, und dass die Kommission und das Europäische Parlament hiervon zu unterrichten sind. Dies bedeutet, dass der delegierte Rechtsakt gemäß Artikel 60 der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 veröffentlicht wird und in Kraft tritt, sofern das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.
-